

Antrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD**

**Entschließung zu der Mitteilung der Landesregierung vom
23. März 2014 – Drucksache 15/4990**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen; hier: Transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP – trans- parent und unter Beteiligung der Länder zum Schutz der Umwelt und der Verbraucherschutzinteressen der Bürgerinnen und Bürger verhandeln

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass

- a) der Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA die Chance bieten kann, noch bestehende Handelshemmnisse abzubauen und das wirtschaftliche Potenzial der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen unter Berücksichtigung hoher Standards in den Bereichen Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Investitionen, öffentliche Gesundheit und Umwelt besser auszuschöpfen;
- b) für das intensiv mit der Weltwirtschaft verflochtene Land Baden-Württemberg der tragfähige Abschluss eines Abkommens besondere Bedeutung hat;
- c) die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP) bisher so intransparent geführt wurden, dass die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg den an die Öffentlichkeit gedruckenen Verhandlungsthemen und ersten Ergebnissen, vor allem im Nahrungsmittelbereich und beim Gesundheitsschutz, sehr skeptisch gegenüber steht.

2. Der Landtag begrüßt

- a) die Initiative der Länder, mit der die Bundesregierung ausdrücklich aufgefordert wird, sich für die umgehende Veröffentlichung des Verhandlungsmandats sowie eine transparente Verhandlungsführung einzusetzen und die Länder in regelmäßigen Abständen umfassend zum Fortgang der Beratungen im handelspolitischen Ausschuss der EU zu informieren;
- b) in diesem Zusammenhang auch die Veröffentlichung der Positionspapiere zur fünften Verhandlungsrunde durch die Europäische Kommission.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken,
 - a) dass sich die Bundesregierung konsequent dafür einsetzt, bei den Verhandlungen ein besonderes Augenmerk auf die Errungenschaften der Europäischen Union im Bereich der Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel-, Gesundheits- und Datenschutzstandards sowie der Verbraucherrechte zu legen und deren Weiterentwicklung gemäß der demokratischen Strukturen/Verfasstheit der Mitgliedstaaten und der EU auch in Zukunft zu ermöglichen;
 - b) dass es im Zuge der Verhandlungen zum TTIP zu keiner Absenkung bewährter deutscher und europäischer Verbraucherschutz-, Umweltschutz-, Datenschutz-, Urheberrechts-, Sozial- oder Gesundheitsstandards kommt, sondern die jeweils höherwertigen Standards der am Abkommen beteiligten Partnerstaaten gesichert werden.
4. Der Landtag unterstützt den Beschluss des Bundesrats zur Ausnahme der Bereiche Kultur und Medien.
5. Der Landtag begrüßt den Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 9. Mai 2014, mit dem einstimmig der Abschluss gesonderter Investitionsschutzabkommen oder die Aufnahme von Investitionsschutzregeln in Freihandelsabkommen mit OECD-Staaten abgelehnt wird.
6. Der Landtag sieht in einer transparenten und von den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie einer breiten Öffentlichkeit nachvollziehbaren Verhandlungsführung die Chance, dass die Vorschläge von Interessengruppen, insbesondere Gewerkschaften, Verbraucherschutz- und Umweltverbänden, bei den Verhandlungen Berücksichtigung finden können.

20. 05. 2014

Sitzmann
und Fraktion

Schmiedel
und Fraktion